

Mut für neue Herausforderungen

Mit Expertise und Vernetzung vom ersten Tag an um Eingliederung bemühen

Interview mit Volker Maria Hügel, ggua Münster

Die evangelische Jugendsozialarbeit hat sich 2015 die Zielgruppe der jungen Flüchtlinge als Jahresthema gewählt mit dem Motto „Angekommen! Aufgenommen?“ Wir freuen uns mit Ihnen als langjährigem Flüchtlingsexperten für unsere Zeitung ins Gespräch zu kommen.

Ich finde diese Verzahnung des Bereiches Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit der Flüchtlingsarbeit ist eines der wichtigsten Anliegen. Weil bisher Flüchtlingskinder eher wenn sie unbegleitet waren überhaupt im weitesten Sinne von der Jugendhilfe in den Fokus genommen wurden. Ich begrüße daher Ihr Interesse sehr.

Die Situation der begleiteten Kinder kommt vermehrt in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Kinder sind oft der Fluchtgrund, sie entscheiden aber nicht die Flucht. Was macht das mit den Kindern und Jugendlichen?

Das ist eine Entwurzelung in jedem Fall. Egal ob die Kinder unbegleitet fliehen, weil sie von den Eltern geschickt werden, weil sie sich nicht mehr kümmern können oder weil sie eine Zukunft für ihre Kinder haben wollen. Sie sind auf jedem Fall aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen. Es ist nicht ihre Entscheidung gewesen, sondern es ist fast immer die Entscheidung der Eltern, wenn sie überhaupt noch leben. Und das hat schwere psychische Folgen, deren Auswirkungen ich nicht prognostizieren kann. Ich weiß nur, dass sie anschließend wenn sie irgendwo angekommen sind, besonderer Obhut und Betreuung bedürfen. Und das ist natürlich auch eine Herausforderung für die Aufnahmegesellschaft, weil die Sozialarbeit, die Lehrerinnen und Lehrer, die AusbildungsgeberInnen sind natürlich überhaupt nicht vorbereitet auf Kinder und Jugendliche, die entwurzelt sind, die Gewalterfahrungen gemacht haben, die ihrerseits Gewalt als Mittel zur Lösung eines Problems, als normales Mittel auf der Flucht wahrgenommen haben. Wo Bezugspersonen ihre Autorität verlieren, weil sie geschlagen werden, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Familie zu schützen. Da brechen ganze Weltbilder ein und das anschließend über Sozialarbeit aufzufangen, ist eine riesen Herausforderung. Ich bin davon überzeugt, dass egal aus welchem Land ein Kind kommt, diese Form der Entwurzelung, wenn ein Kind wahrgenommen hat, aus was es herausgerissen wird, wie dramatisch die Lebenssituation wird, dann ist das Kind zwar dankbar, dass es hier aufgenommen wird, aber die ganzen Verstärkungen, die daraus resultieren, die müssen hier langsam aufgearbeitet werden und das ist wie gesagt eine riesen Herausforderung.

Können wir mit unserer doch sehr europäischen, friedlich geprägten Brille von Kindheit diese Kinder in ihren Nöten überhaupt wahrnehmen?

Wahrnehmen können wir sie. Ob wir adäquat darauf reagieren, da fehlt meines Erachtens der Einsatz, ich nenn sie mal ein bisschen naiv der „nation workerin“. Da brauchen wir natürlich diejenigen, die den kulturellen und sprachlichen Background haben. Wir haben ja hier in der Bundesrepublik Deutschland gut ausgebildete Migrantinnen und Flüchtlinge, die hier ihre Ausbildung genossen haben, die müssen zum Einsatz kommen. Der klassische Einheimische stößt zu viel an Grenzen, die was mit Kulturverständnis zu tun haben, Sensibilität und mit Sprachkenntnissen und Sprachvermögen.

Welche Kompetenzen und Kenntnissen brauchen Fachkräfte der JSA, wenn sie jetzt auch mit jungen Flüchtlingen arbeiten?

Den Bereich der Kultursensibilität für zig verschiedene Herkunftsregionen kann man ganz schlecht durch Seminare vermitteln. Was man vermitteln kann, ist und da gehört auch für die Einheimischen etwas hin das Portfolio zum einen das Wissen um Fluchtursachen, dann um Fluchtbedingungen und um die Aufnahmebedingungen hier in der Bundesrepublik Deutschland, sprich die Rechtssituation. Denn nur Kind zu sein schützt ja ausländer- und asylrechtlich erst einmal nicht. Wie in anderen Bereichen der Sozialarbeit auch, muss man Rechte, Pflichten und Gefahren kennen und dazu gehört, dass man die Aufenthaltspapiere einschätzen kann. Dazu gehört dass man unterscheiden muss, was ist sinnvoll für Anträge zu stellen und nicht automatisch beispielsweise einen Asylantrag zu stellen, wenn jemand gerade erst eingereist ist, sondern in jedem Fall erstmal zu prüfen, was ist ein sinnvoller Antrag, wenn ich die Lebensgeschichte kenne. Darüber hinaus muss ich die Bedeutung von Fristen kennen und des Weiteren muss ich auch in der Lage sein, wenn etwas im weitesten Sinne für Flüchtlinge rechtswidrig läuft, was im Kinderbereich tagtäglich passiert, dann muss ich in der Lage und auch bereit sein, da für Rechtsänderungen einzustehen. Das kann ich in der Regel nicht alleine, ich erwarte nicht von der kommunalen Jugendsozialarbeiterin, dass sie jetzt den politischen Aufstand macht. Aber es zu sehen und gar nichts zu tun, ist falsch. Da kommen dann die Vernetzungen zum Tragen. Es ist ganz wichtig, dass die flüchtlingsrechtliche Kompetenz vernetzt wird mit der Jugendhilfekompetenz. Und aus dem Grunde braucht es kommunale Ebenen, wo diese Dinge besprochen werden, wo auf die Einhaltung der Rechte gepocht wird. An der Stelle muss ich nochmal auf die Bedeutung der UN-KRK verweisen. Sie ist ja hier fast 20 Jahre lang mit dem sogenannten Vorbehalt behaftet gewesen. (...) Dieser Vorbehalt ist mit Wirkung vom 15. Juli 2010 zurückgenommen worden. Nur rechtliche Konsequenzen sind bisher kaum daraus gezogen worden. Obwohl es auch in den Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung steht. (...) Wir haben ein riesiges Umsetzungsdefizitloch. (...)

Wie schätzen Sie den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher ausländischer Kinder und Jugendlicher ein? Werden die begleiteten Flüchtlingskinder dabei ausreichend berücksichtigt?

Das sehe ich nicht. Das ist nicht drin. Der Titel des Gesetzentwurfes ist ein Euphemismus. Das geht um die UMF. Das geht nicht um die begleiteten Kinder und Jugendlichen. Die hat offensichtlich das Ministerium nicht auf dem Schirm. Punkt.

Wie sieht die Situation für junge Flüchtlinge über 18 Jahre aus?

(...) Eigentlich kann die Jugendhilfe auch für junge Erwachsene geleistet werden bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Das war ursprünglich auch die geplante Altersgrenze in dem neuen Paragraphen 25a, (der sogenannten Altfallregelung) hat man aber aus Kostenüberlegungen heraus wieder gestrichen. Es ist viel lebensnaher, junge Menschen bis 27 durch Jugendhilfe zu unterstützen, wenn sie es brauchen. (...) Aber wenn sie es brauchen, das zu ignorieren und dann zu sagen mit 18 Jahren ist regelmäßig Schluss mit der Jugendhilfe, und daraus dann auch noch ausländerrechtliche Konsequenzen zu ziehen, das finde ich sehr bedrückend, weil, wenn ich mich mal in die Lage des jungen Flüchtlings hineinversetze - was viel zu selten in der rechtspolitischen Situation passiert - dann glaube ich, dass bei allem was ich zu verkraften habe, die Situation im Herkunftsland, die Situation der Flucht und dann hier anzukommen und nicht immer höchst willkommen zu sein und vieles zu vermissen... Wo soll ich die Kraft hernehmen, um das zu leisten, was von mir erwartet wird?

Dazu brauch ich doch zu mindestens das Wissen, ich kann hier bleiben, ich habe eine Lebensperspektive hier. Wenn ich nicht hierbleiben will, niemand wird mich daran hindern auszureisen. Das ist nicht das Problem. Aber Menschen keine Zukunft zu geben, Menschen nicht die Gewissheit zu geben „es lohnt sich, wenn Du dich hier anstrengst.“ Positive Verstärkung ist ein wichtiges pädagogisches Element. Wenn ich das von vornherein rauslasse, sondern immer nur sage, pass mal auf das geht nicht, das darfst du nicht. Wenn du was willst, musst du erstmal was leisten. Wo soll die Motivation fürs Leisten denn herkommen, wenn ich nicht auch eine Lebensperspektive habe? Und die habe ich ja nur dann, wenn ich einen Flüchtlingsstatus bekomme. Die Regelungen dafür sind aber so streng, dass es der Mehrheit der Flüchtlinge nicht gelingt, einen Status zu erlangen. Die Realität sagt trotzdem, wir hatten zu Beginn des Jahres eine kleine Anfrage im deutschen Bundestag mit der Frage wie viele abgelehnte Asylantragsteller in Deutschland leben, das war immerhin eine Größenordnung von 533000 Menschen. Wer von denen hat einen sicheren Status, da war die klare Antwort 86%. Damit habe ich mal wieder unsere These bewiesen: Die Mehrheit aller Flüchtlinge bleibt auf unabsehbare Zeit in Deutschland, unabhängig vom Flüchtlingsstatus. Vorher sind aber Ausgrenzungsmechanismen, und Integrationsmaßnahmen gibt es erst mit Flüchtlingsstatus – das ist dann ein unsinniges Konzept. Das ist pädagogisch unsinnig und das ist ökonomisch noch unsinniger. Das heißt also im Prinzip, ich muss vom ersten Tag an mich um Eingliederung bemühen und diesbezügliche Angebote machen. Und selbst wenn es zu einer Aufenthaltsbeendigung kommt und das muss man in dieser Deutlichkeit auch sagen, dann sind die rückkehrenden jungen Menschen natürlich Botschafter für Deutschland. Weil sie hier etwas erlebt haben, was in ihrem Heimatland fehlt. Wenn sie hier nur Unterdrückung und Abschiebung erlebt haben, dann nehmen sie so ein Bild von Deutschland mit, was ich eigentlich nicht gerne über die Welt verteilt hätte.

Sie sehen, Rechtspolitik und Ideologie ist sehr stark verwoben an der Stelle. Das Prinzip „Straftäter am Kragen packen und raus“ korrespondiert mit „Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme“. Solange die Flüchtlingspolitik von Innen- und Rechtspolitikern betrieben wird und nicht von Familien- und Sozialpolitikern habe ich immer solche Ergebnisse wie „da kann ja jeder kommen“, die Missbrauchsdebatte. Ich geb mal einen schönen Lesetipp. Zum einen die Bundestagsprotokolle vom 26. Mai 1993, das war der Tag als die Asylgrundgesetzänderung durchgedrückt wurde. Die Argumente gegen Flüchtlinge sind eins zu eins übernehmbar auf die Argumente die jetzt kommen bei dem anstehenden Gesetzesentwurf. Und die Argumente, die Syrienflüchtlinge sind die guten Flüchtlinge und die Balkanflüchtlinge sind die bösen Flüchtlinge. Was ich für eine Katastrophe halte - auch für die Menschen. Insbesondere wenn es sich um Minderheiten handelt. Da ist dann völlig Schluss mit lustig. Weil ich glaube, dass wir da auch gesellschaftspolitisch eine Verantwortung haben. Ich bin froh in einem Land zu leben, wo man selbst aus der CSU geschmissen wird, wenn man offen antisemitisch vorgeht. Warum haben wir nicht die gleiche Sensibilität beim Antiziganismus? Oder beim Antiromanismus. Roma sind die vergessenen Holocaustopfer. Und das ist eine riesen Unverschämtheit, die sich die Bundesrepublik Deutschland an Geschichtslosigkeit leistet diesem geschundenen Volk gegenüber. Und dann mit einem Federstrich von Herrn Kretschmann für ein Linsengericht im Bundesrat das durchzuwinken. Und wie gesagt die Opfer sind die Roma. Das zieht sich weiter durch beim Kosovo. Wobei ich bei den Zahlen aus dem Kosovo oder aus Albanien sage, wenn Einreisende sagen, ich brauche keinen Flüchtlingsschutz, ich brauche Arbeit. Dann finde ich, muss der Gesetzgeber hingehen und sagen ok, wieso sollen wir teure Asylverfahren durchführen, von denen wir wissen, dass sie erfolglos sein müssen. Warum nehmen wir nicht das Geld in die Hand und geben Sprachunterricht und machen Arbeitsmarktintegration? Wäre eine Alternative. Das würde aber bedeuten, ich bräuchte ein zweigleisiges System nach der Einreise ohne Visum, und das ist

ideologisch nicht durchsetzbar, weil man sagt, das Visumverfahren muss eingehalten werden. Die Arbeitsagentur ist schon vor Ort, aber sie kriegen es nicht geregelt. Flüchtlingsschutz ist wichtig, wenn ich einer ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheit angehöre und deshalb diskriminiert werde. Aber wenn man sich das Asylverfahren sparen kann, das kostet doch auch Geld, ich rede nicht von Unterbringung, die muss sowieso sein, sondern von der Logistik und der Man-und woman-Power in der Verwaltung. Dieses gesparte Geld in die Hand zu nehmen für die Arbeitsmarktintegration, würde ich ökonomisch und menschlich für viel sinnvoller halten.

Neuerdings fordert auch die Wirtschaft die bessere und frühere Integration von Flüchtlingen für den deutschen Arbeitsmarkt. Mit welchem Ohr hören Sie das?

Ich höre das mit einem unglaublich erfreuten Ohr, weil wenn die Ökonomie sagt, wir brauchen sie, dann wird das viel eher gehört als wenn das die üblichen Verdächtigen sagen. Ich muss gleichzeitig natürlich sagen, dass wir dann diejenigen im Auge haben, die nicht verwertbar sind. Die Traumatisierten, die Alten, die Kranken. Diejenigen, die keine ausreichende Bildung haben. Das hat für mich was mit Verantwortung zu tun. Wenn ich Flüchtlingsschutz ernst nehme, bin ich bei den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes. Dann kann ich mich auch mal in der Person geirrt haben, aber ich darf eben diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, darf ich nicht aus den Augen verlieren. Und von daher freue ich mich über jede Initiative, wo was für Flüchtlinge rauskommt. Ich bin gegen Altfallregelungen, ich bin gegen Härtefallkommissionen, weil ich glaube, wir brauchen ein vernünftiges humanitäres Aufenthaltsrecht und trotzdem nehme ich jede Altfallregelung und bin seit 1996 in der Härtefallkommission in NRW im Innenministerium. (lacht) Ich bin Pragmatiker, ich will, dass sich was ergibt. Und ich frage mich natürlich, weil wenn ich etwas kritisieren, muss ich zumindest eine Antwort haben, was könnte denn besser sein. Vorschläge kann man immer machen. Das ist nicht das Problem. Ich nehme ja auch jede Regelung, aber ich darf sie auch kritisieren. Man darf auch diejenigen nicht vergessen, die in der Lufthöhe über den Stammtischen als eindeutige Gegner erkannt worden sind. Das ist einfach Aufgabe meines Landes. Ich bin Mitglied dieses Landes, diese Staates, von daher ist es einfach meine gesellschaftliche Aufgabe. Da ist es egal, ob es jetzt um Behinderte geht, um Obdachlose oder um Flüchtlinge geht. Das ist letztlich egal. Die Menschenrechtsarbeit unterscheidet da nicht groß.

Wie sehen Sie Spielräume zur UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene?

Wir haben eine Arbeitsgruppe „Dehnungsfuge“ gegründet zum Runden Tisch Bleiberecht in Münster und haben zusammen mit einem OVG-Richter a.D. ein Papier entwickelt, das hoffentlich vom Runden Tisch verabschiedet wird. Das werde ich auch einbringen bei dem kommunalen Hearing, das am 24. September stattfinden wird. Wir haben über den paritätischen Wohlfahrtsverband angeregt, dass sich Flüchtlingsberatungsstellen und Kinderschutzbund in allen Kommunen sich zusammentun und daraus so eine Art Agenda entwickeln und dann auf den jeweiligen Stadt- oder Kreisrat zugehen und sagen: So! Bitte für die Umsetzung. Da ist noch ganz viel Luft drin. Dass das Zeit braucht ist mir klar. Wir haben für die Einhaltung der Menschenrechtskonvention für Geduldete und Illegalisierte auch zwanzig Jahre gebraucht in der rechtspolitischen Diskussion. Und sowas wird irgendwann über das Bundesverfassungsgericht entschieden. (...)

Ich würde gerne nochmal was zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hören. Wo gibt es da noch Stolpersteine, dass Jugendliche, wenn sie in Deutschland ankommen, nicht einfach eine Ausbildung starten können?

Das ist ganz selten dass ich mal sage, da bin ich ganz bei den Liberalen. Wozu braucht es da noch eine Steuerung? Ich brauche eine Unterstützung, dass es besser klappt, aber ich brauche weder Arbeitsverbote, noch brauch ich Vorrangprüfung, noch brauch ich die Zustimmung der Arbeitsagentur, das muss alles weg. Das ist nur behindernd. Das ist nur ein Filter, der Arbeitsplätze auf Seiten der Arbeitsagentur und auf Seiten der Ausländerbehörden sichert, weil es mehr Arbeit ist. Die würden sich aber freuen, wenn sie es nicht mehr machen müssten. Alles was ausgrenzt, muss weg!

Wir haben ein großes Vorbild vom September 1979. Der frühere Ministerpräsident Heinz Kühn wurde der erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik. Der veröffentlichte das Kühn-Memorandum. Das Mantra war „Ausbildung, Ausbildung, Ausbildung“. Alles was ausgrenzt weg, alles was fördert, inklusive Beratung muss verstärkt werden. Und das Schlussziel war „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche“. Das ist so revolutionär, dass sie das beim Umzug nach Berlin in Bonn gelassen haben. Sämtliche nach ihm kommenden Ausländer- und Integrationsbeauftragten waren nie wieder so fortschrittlich wie das. Und das ist der eigentliche casus knacksus in einem Einwanderungsland.

Ich finde es absolut unerträglich, dass Flüchtlingshilfe keine Pflichtaufgabe ist, sondern wir für jede Eurone erkämpfen müssen. Dass Beratung keine Pflichtaufgabe ist, dass Betreuung keine Pflichtaufgabe ist, dass es keine Standards gibt, dass es keine Curricula gibt! Ich weiß, wie überlastet die KollegInnen in allen sozialen Bereichen sind – und trotzdem, wenn klar ist, das gehört zu den Pflichtaufgaben, dann gibt es die Stellen. Aber wenn es nicht zu den Pflichtaufgaben, sondern zu den freiwilligen Aufgaben gehört, dann... Ein Drittel unserer Arbeitszeit geht auf Mittelsicherung, Mittelakquise oder Abrechnung von Mitteln, was höchst kompliziert ist, denn das ist alles eine Mischfinanzierung aus europäischen Fonds, nationalen Töpfen, Stiftungen, Landesgelder, Bundesgelder, kommunale Gelder. Und es gibt ganze Regionen, wo es keine Flüchtlingsberatung gibt.

Das würde ich mir persönlich wünschen, dass die Jugendhilfe und die Flüchtlingshilfe zur Regelleistung wird, wo klar ist, da kann man auch Personal länger halten. Denn die hohe Fluktuation im Flüchtlingsbereich ist natürlich auch dem geschuldet, dass permanent überall Stellen wegfallen, Projekte enden und die Anschlussfinanzierung nicht da ist.

Sie machen seit 20 Jahren die Qualifizierung bundesweit für Flüchtlingsarbeit?

Es kommen immer mehr dazu, die sich dafür interessieren. Es fing an mit den Frauenhäusern und den Sozialhilfeberatungsstellen, ging dann weiter mit der Obdachlosenberatung, dann kam die Jugendhilfe dazu, die ersten Jugendämter kamen, Bewährungshilfe. Weil Flüchtlinge bei allen sozialen Fragen auftauchen. Flüchtlinge haben eben neben dem Päckchen, das sie mitbringen, alle Probleme, die wir auch haben können. Und vor diesem Hintergrund ist eigentlich ganz klar, dass die Regeldienste sich auch auf Flüchtlinge einstellen müssen, die Öffnung der Regeldienste. Nur das ist ja ein frommer Wunsch. So lange da die sogenannte Kompetenz, die Kultur- und Sprachkompetenz nicht da ist und vor allem die Aufenthaltsrechtliche Kompetenz nicht da ist, landen sie natürlich postwendend wieder bei den Flüchtlingsberatungsstellen.

Wir erleben viel ehrenamtliches Engagement und viel Spendenbereitschaft in der Aufnahmegesellschaft. Was kommt nach dem Hype, den wir gerade erleben?

Wenn man dieses meines Erachtens auch erstaunliche und wunderbare an gesellschaftlichem Engagement, wenn man das nicht professionell flankiert, wird das weg brechen. Es werden

Enttäuschungen kommen, die nicht verarbeitet werden, und dann wird auch die Stimmung an der Stelle umkippen. Das ist die eine Sorge, die ich habe. Wir weisen zum Beispiel Ehrenamtliche ab, wenn wir die hauptamtliche Kapazität nicht haben, sie adäquat zu koordinieren. Überall wo ich hinkomme, sehe ich wie viele Leute sich mit wieviel Begeisterung für das Thema interessieren. Aber sie brauchen die Logistik, sie müssen sich versammeln können, sie müssen sich vernetzen können, sie müssen telefonieren und müssen das nicht alles aus eigener Tasche bezahlen müssen. Und sie brauchen auch jemand an den sie sich wenden können, wenn es Konflikte gibt. Gerade die Ehrenamtlichen erfahren im direkten Kontakt mit Flüchtlingen manchmal Dinge, die asylrelevant sein können. Das können sie nicht alleine bearbeiten, das muss mit der Beratung und mit Anwälten koordiniert werden. Was das für ein logistischer Aufwand ist, muss man immer wieder mit berücksichtigen. Und natürlich auch wenn Menschen die Flüchtlingsschicksale zu nah an sich herankommen lassen, weil sie die professionelle Distanz nicht haben. Auch damit muss man erst mal fertig werden. Wenn sie das in ihren Familien und ihrem Bekanntenkreis abladen, das kann ganz schön übel ausgehen. Und ein ehemaliger Ehrenamtlicher, der mit Enttäuschung aufgehört hat, der ist empfänglich für rechte Parolen. Ich glaube auch, dass wir den Rassismus, der in der Mitte der Gesellschaft ist, im Moment überdecken mit dem ehrenamtlichen Engagement. (Ende bei 12.7.) (...) Wenn die Zahlen weiter steigen, werden wir weiter Nutzungsverdrängung haben. D.h. das was ich normalerweise nutzen konnte, kann ich jetzt nicht mehr nutzen, beispielsweise eine Turnhalle. Dann werden erstmal die Eltern der Kinder rebellisch werden. Wer kommt zuerst? Erst wir, dann ne Chaussee Appelbäume, und dann gucken wir mal, wie der Westfale sagt. Da ist unglaublich viel Gefahrenpotential, insbesondere weil das Geld in den Taschen der Kommunen endlich ist. Und wenn die ganz viel Geld für die Flüchtlingsunterbringung in die Hand nehmen müssen, weil es die Länder nicht erstatten und der Bund es den Ländern nicht erstattet. Konflikte entstehen vor Ort. Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Die müssen sich dann entscheiden zwischen der Bücherei und dem Flüchtlingswohnheim. Diese Verdrängung im Geldprozess wird Auswirkungen haben. Da habe ich Sorge. Das wird in der Tat eine Ernüchterungs- und Enttäuschungsebbe nach sich ziehen. Da bin ich überzeugt. Ich versuche nur, den Beginn dessen möglichst weit nach hinten zu schieben. Verhindern kann ich es nicht, weil der Bund das Geld nicht in die Hand nimmt und die Länder ganz unterschiedliche Refinanzierung für die Kommunen haben. In NRW kriegen sie nicht mal die Hälfte der Kosten erstattet. Und gerade im Ruhrgebiet haben wir ganz viele Städte, die unter Haushaltssicherung stehen. D.h. für die Projekte, die sie eigentlich machen wollen für Kultur und Soziales, haben sie gar kein Geld mehr. Und das wird Wut nach sich ziehen und wenn Wut kollektiv sich äußert, dann haben wir sächsische Probleme. – Ich bin kein Düstenseher, aber unter der Oberfläche brodelt viel, was noch nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Das ist sichtbar in Blogs, Leserbriefen und e-mails, die wir erhalten. Aber ich bin alles andere als entmutigt.

Schön zu sehen, dass Sie nach 37 Jahren Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit so engagiert am Thema dran bleiben. Vielen Dank für das Gespräch, Herr Hügel.

Das Interview führte Judith Jünger (BAG EISA)